

Ölquellen drohen zu versiegen

Eine beeindruckende Expertenschar hatte der grüne Bundestagsabgeordnete und Energieexperte Hans-Josef Fell gestern in Berlin für die Presse aufgeföhren. Der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung wurde schon 2006 überschritten.

Eine beeindruckende Expertenschar hatte der grüne Bundestagsabgeordnete und Energieexperte Hans-Josef Fell gestern in Berlin für die Presse aufgeföhren. Der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung wurde schon 2006 überschritten.

Von nun an geht es steil bergab. 2030 wird nur noch die Hälfte der heutigen Menge gefördert werden, bei weltweit wachsender Nachfrage. Der gestrige Rekordpreis von 130 Dollar je Barrel wird dann ein Schnäppchen gewesen sein.

Die "Energy Watch Group" ist ein Zusammenschluss internationaler Parlamentarier und wird von der Ludwig-Bölkow-Stiftung in Ottobrunn gefördert. Deren Wissenschaftler Werner Zittel und Jörg Schindler trugen globale Daten über Ölfördermengen, Neufunde und erschlossene Felder für ihre Studie zusammen. Demnach gibt es derzeit weltweit Reserven von 845 Gigabarrel (Milliarden Barrel) - bei einem Verbrauch von 30 Gigabarrel pro Jahr.

Das Problem ist, dass erstens der Verbrauch wegen des Wachstums in den Schwellenländern stark steigt, und zweitens nur noch wenig neue Ölfelder gefunden werden. Hatten die Neufunde in den 60er Jahren auf dem Höhepunkt der geologischen Erkundungen noch eine Größe von insgesamt 40 bis 50 Gigabarrel pro Jahr, so seien es jetzt nur noch fünf bis zehn Gigabarrel, also weniger als der jährliche Verbrauch. Zudem sind die neuen Felder immer schwerer und aufwendiger zu erschließen.

Die nicht der Organisation Erdölexportierender Staaten (Opec) angehörende Länder haben den "Peak Oil", die Produktionsspitze, nach diesen Angaben zum Teil schon vor Jahren erreicht. In Venezuela (Spitze im Jahr 1998), Großbritannien (1999), Norwegen (2001) oder Mexiko (2004) gehe die Förderung seitdem jährlich um etwa drei Prozent zurück. Seitdem stiegen auch die Ölpreise stark an.

Der mittlere Osten stehe jetzt an diesem Wendepunkt, Russland Anfang des nächsten Jahrzehnts. Nur die Förderung von Öl-Sanden in Kanada hält das Aufkommen aus Nordamerika zunächst noch stabil. Doch brauchen die Opec-Länder einen immer größeren Anteil für ihren eigenen Bedarf, so dass der Export noch stärker zurückgehen werde als die Förderung.

Aribert Peters vom Bund der Energieverbraucher sagte, er rechne mit einer jährlichen Preissteigerung von 30 Prozent. Er rate allen Verbrauchern, schnellstmöglich "den privaten Weg weg vom Öl" zu beschreiten. Josef Auer, Branchenanalyst der Deutschen Bank, sagte: "Beim Erdöl liegt die Zukunft hinter uns". 130 Dollar pro Fass Öl seien

nicht der Anfang. "Das ist erst der Anfang vom Ende." Auer kritisierte, dass weder die Internationale Energieagentur noch das Wirtschaftsministerium vor der Entwicklung gewarnt hätten und auch jetzt ihren Kurs nicht änderten.

Einig waren sich die Experten darin, dass die Politik noch konsequenter auf erneuerbare Energien, höhere Energieeffizienz und Energiesparen setzen müsse. "Es gibt keine andere Chance", sagte der Grünen-Abgeordnete Fell. "Wir müssen sie nutzen."

*EXTRA

Auch in Luxemburg sind im vergangenen Jahr die Preise für Lebensmittel um fast sieben Prozent gestiegen, für Benzin und Diesel um rund 20 Prozent und beim Heizöl ist der Preis in Luxemburg sogar um 60 Prozent hochgeschnellt. Deshalb fordert der Letzebuerger Chrestleche Gerwerkschafts-Bond (LCGB) die Politik auf, auf "Kaufkraftverlust zu reagieren", so Sprecher Christian Welter. Der Preis für 1000 Liter Heizöl sei nämlich seit April 2007 von 510 auf 843 Euro gestiegen. Die zehnpromtente Erhöhung der staatlichen Zulage für das Jahr reiche bei weitem nicht aus, so Welter. Eine vierköpfige Familie mit einem monatlichen Brutto von 3252 Euro bekommt eine jährliche Zulage von 1155 Euro für die Heizkosten. Der LCGB fordert eine Verdopplung auf 2310 Euro. "Das Leben in Luxemburg ist sehr teuer." So habe sich in den vergangenen sieben Jahren die Zahl der Nutznießer der Heizkostenzulage fast verdoppelt. 2000 zahlte der Staat Luxemburg 5300 Haushalten den Zuschuss, 2007 waren es 9500 einkommensschwache Haushalte, wie Welter beklagt.